



Zürcher Migrationskonferenz 1. September 2016

Reaktion auf die Flüchtlingssituation in Deutschland und Polen

Piotr Buras, European Council on Foreign Relation, Direktor des Büros Warschau

Sehr geehrte Damen und Herren

Es ist eine Ehre und ein Vergnügen, hier in Zürich an der Migrationskonferenz sein zu dürfen und mit Ihnen auf ein Jahr zurückzublicken, das wie möglicherweise kaum ein anderes in den zumindest letzten zwei Jahrzehnten die europäische Politik und gesellschaftliche Entwicklung in Europa geprägt und vermutlich nachhaltig verändert hat, Ausgang offen. Das gilt, in unterschiedlicher Intensität, für beide Länder, deren Auseinandersetzung mit der Flüchtlingskrise ich hier schildern soll – Deutschland und Polen. Schon auf den ersten Blick sieht man, dass sie kaum unterschiedlicher sein könnten – Deutschland hat bekanntlich im letzten Jahr 1,1 Millionen Flüchtlinge aufgenommen, Polen kaum welche, Deutschland hat sich durch die neue Willkommenskultur hervorgetan, Polen ist wegen der Ablehnung der Verteilungsquoten in der EU und des Widerstands gegen die muslimische Einwanderung auffällig geworden. Es grenzt daher an die Quadratur des Kreises, die Flüchtlingssituation in den beiden Ländern in einem kurzen Beitrag darstellen zu wollen, ohne die Gefahr zu laufen, nur auf der Oberfläche der Thematik zu bleiben und sich nur in Allgemeinplätzen zu ergehen.

Bevor ich mich aber trotzdem dieser so reiz-, wie anspruchsvollen Aufgabe stelle, eine Bemerkung vorweg: ich bin kein Migrationsexperte, sondern Journalist und Deutschland-Beobachter, daher ist mein Blick auf die Ereignisse und Prozesse von denen wir hier sprechen ein etwas anderer als bei Fachleuten in diesem Politikbereich, die viele von Ihnen bestimmt sind. Die Vogelperspektive statt fachwissenschaftliche Behandlung, die ich hier zu bieten habe, hat aber eine gewisse Berechtigung: die Auswirkungen und Implikationen der Flüchtlingskrise der vergangenen Monate gehen nämlich weit über die Grenzen der fachspezifischen Diskussion über die Modalitäten der Integration-, Asyl- oder Einwanderungspolitik hinaus. Es reicht insbesondere einen Blick auf das heutige Deutschland zu werfen, um zu erkennen, dass die Flüchtlingskrise nicht notwendigerweise Auslöser, aber mit Sicherheit Katalysator von Debatten und Prozessen geworden ist, die an den Kern des Selbstverständnisses der Republik gehen. Statt eine allumfassende Darstellung der Flüchtlingsproblematik in Deutschland und Polen, die schlicht aus Zeitgründen an dieser Stelle nicht möglich ist, möchte ich mich daher auf ein paar generelle Thesen zu Deutschland konzentrieren, die versuchen werden, in etwas zugespitzter Form eine Bilanz dieser Periode zu ziehen, um dann im zweiten Teil die Hintergründe der polnischen Flüchtlingsdebatte kurz zu beleuchten.

1. Die deutsche Gesellschaft und Politik haben sich in der Flüchtlingskrise insgesamt als überraschend stabil erwiesen

Dieser Befund ist bei weitem nicht selbstverständlich und mag auf den ersten Blick viel zu optimistisch erscheinen. Zwar haben wir alle die Bilder in Erinnerung – vom Münchner Bahnhof, aber auch viele andere, die als Belege der mittlerweile weltbekannten „Willkommenskultur“ dienen und eine Zeit lang für Bewunderung über die Deutschen gesorgt haben. Diese grundsätzlich positive, offene Einstellung zu den Flüchtlingen mag die Entscheidung von Angela Merkel, die deutsche Grenze am 4. September 2015 nicht zu schließen, erleichtert und sie davor zu ihrer nicht minder berühmten Parole „Wir schaffen das!“ ermutigt haben. „Es war eine der größten Bürgerbewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik“ – war kürzlich in einem Zeitungskommentar zu lesen. Laut Studien soll ein Prozent der Bürger gleich am Anfang aktiv mitgeholfen haben, auf dem Höhepunkt der Krise seien 10 Prozent der Bürger in irgendeiner Weise an der Hilfe für die Flüchtlinge beteiligt gewesen.

Aber die Flüchtlingskrise hat nicht nur Hilfsbereitschaft und Empathie hervorgerufen, sondern sich hat auch Ängste, Desorientierung und sogar Gewalt an den Tag befördert. Und die durch Meinungsforscher ermittelten Zahlen wurden schnell so gut wie auf den Kopf gestellt.

Im Jahre 2015 sind zumindest 222 Attacken gegen Asylunterkünfte verübt worden. Bereits im Februar 2016 hatten 81 Prozent der Deutschen das Gefühl (laut DeutschlandTREND), dass die Regierung die Flüchtlingskrise nicht im Griff hatte. Mit der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin sind heute (August 2016) 65 Prozent der Bürger unzufrieden (und nur 34 Prozent zufrieden). Auch die Zufriedenheit mit der Kanzlerin ist auf das historisch fast niedrigste Niveau von 47 Prozent gesunken (gleichwohl: viele europäische Politiker würden sich über solche Werte nach 11 Jahren im Amt sehr freuen...) – wo sie fast gleich auf mit ihrem umstrittenen Widersacher Horst Seehofer (44 Prozent) liegt. Pegida und die AfD sind mehr als nur eine Ergänzung dieses Bildes.

Diese Zahlen sind ein guter Nährboden für allerlei Weltuntergangsszenarien, die mehrfach – etwa nach den Ausschreitungen in der Silvesternacht in Köln, nach den Erfolgen der AfD bei der Landtagswahlen im März 2016 oder nach den Terroranschlägen in München und Ansbach – mit einer Mischung aus Schadenfreude und Besorgnis im In- und Ausland verbreitet wurden. Die Fragen nach dem nun angeblich unmittelbar bevorstehenden Scheitern von Angela Merkel bzw. nach dem „massiven Rechtsruck“ in Deutschland mehren sich. Die Sorgen sind verständlich, und es wäre leichtfertig das Ausmaß der Politikverdrossenheit, das Gefühl des Kontrollverlusts in Teilen der Gesellschaft, aber auch des schlichten Rassismus und Gewaltbereitschaft zu unterschätzen. Gleichwohl muss man das Maß behalten. Die Flüchtlingskrise bedeutet für die Deutschen das Ende des „heimeligen Deutschlands“, wie es Navid Kermani mal ausdrückte. Das Leben in Deutschland wird unbequemer und die Deutschen lernen in einer globalen Welt zu leben, die nicht nur Exportrekorde mit sich bringt, sondern auch kulturelle Konflikte.

Bei dem beinahe historischen Charakter dieses mentalen und gesellschaftlichen Umbruchs wird aber erst die relative Stabilität der gesellschaftlichen und politischen Ordnung sichtbar - und sie sollte auch gewürdigt werden. Nach einem Jahr dieser Umwälzungen ist die deutsche Welt nämlich nicht komplett aus den Fugen geraten, wie manche mehrmals prophezeit hatten. Ja, die Deutschen sind verunsichert, manchmal verbittert und mißtrauisch

gegenüber den Eliten. Die Flüchtlingskrise trägt dazu mehr als alles andere bei. Es ist aber dem Kommentator der ZEIT Bernd Ulrich vorsichtig zuzustimmen, wenn er die Haltung der Deutschen „rührend vernünftig“ nennt. Diese Haltung äußert sich auch politisch. Zwei Drittel der Deutschen mit der Türkei- und Flüchtlingspolitik der Kanzlerin unzufrieden, trotzdem wollen sie sie aber wiederwählen – ein Zeichen der Bedürfnis nach Stabilität und Kontinuität.

Diese relative Stabilität – auch im Vergleich mit anderen Ländern – ist gleichzeitig natürlich auch fragil. Die ausgezeichnete wirtschaftliche Lage ist möglicherweise die beste Abfederung der Spannungen, die mit der Flüchtlingswelle verbunden sind. Wie würde die Situation aussehen, sollte die Arbeitslosigkeit wie vor 15 Jahren im doppelstelligen Bereich liegen? Die Bertelsmann Stiftung hat den sozialen Zusammenhalt in Deutschland erforscht und herausgefunden, dass die für sie zentralen Faktoren „Akzeptanz der Diversität“ (insbesondere der Muslime) sowie „Vertrauen in die Institutionen“ schwächer werden. Und die populistische Gefahr macht, wie es scheint, um Deutschland keinen Bogen mehr.

Das führt mich zu meiner zweiten These.

2. Die Flüchtlingskrise hat zu einer der größten Umwälzungen im deutschen Parteiensystem der Nachkriegszeit geführt. Das Erstarken der AfD ist aber keine Katastrophe, sondern ein Zeichen der „neuen Normalität“. Die Bundesrepublik kann sich ihre Rechtspopulisten „leisten“.

Hier läuft man natürlich auch die Gefahr, als Schönreder oder Beschwichtiger dazustehen. Es ist unumstritten, dass der Aufstieg der AfD, nachdem sich die Partei Anfang 2015 so gut wie selbst zerlegt hatte und in den Umfragen wieder fast unter „Sonstige“ herabgesunken war, der Flüchtlingswelle, der Politik der offenen Tür sowie dem faktischen Kontrollverlust der Politik verschuldet war. Man muss aber die Flüchtlingskrise auch in einem breiteren Kontext sehen, das Navid Kermani mit seiner bereits zitierten Bemerkung über das Ende des „heimeligen Deutschlands“ umriss. Sie ist nämlich als Teil des deutschen Abenteuers mit der Globalisierung zu sehen – und der damit zusammenhängenden Veränderungen, die gravierende politische Folgen haben. Die Hochtour der AfD ist in dieser Hinsicht kein Präzedenzfall. Im Jahre 2005 hat einen ähnlich Durchbruch die Partei Die Linke geschafft, die Populisten von links: mit 8,7 Prozent in der Bundestagswahl hat sie sich als eine feste Größe in der deutschen Parteienlandschaft etabliert und den Sozialdemokraten ihre Position als Vertreter der einfachen Leute streitig gemacht. Heute passiert das Gleiche im rechten Spektrum des Parteiensystems – die AfD ist das Schreckgespenst der CDU, die jahrzehntelang die Strategie verfolgte, keine Konkurrenten von rechts aufkommen zu lassen.

Warum dieser Vergleich und was hat er mit der Flüchtlingskrise zu tun? Paradoxerweise sehr viel. Der Aufstieg der Linke war eine unmittelbare Folge der tiefgreifenden Reformen des Sozialstaates und des Arbeitsmarktes, die die SPD-Regierung 2003 einführte und die als Agenda 2010 in die Geschichte einging. Sie sind bis heute umstritten, gelten aber meistens als eine notwendige Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung, in der die deutsche Wirtschaft Anfang des letzten Jahrzehnt nicht mehr mithalten konnte. Die Auseinandersetzung mit der Flüchtlingskrise erinnert spiegelbildlich an jene Situation. Migration ist die zweite große Herausforderung der Globalisierung – neben dem globalen wirtschaftlichen Wettbewerb. Die Offenheit der Ökonomien sorgt für existentielle Ängste um die materielle Deprivation und die faktische Offenheit der Grenzen und unbegrenzte Mobilität fügt eine kulturelle Unsicherheit und die Angst um die eigene Sicherheit hinzu. Mehr noch:

die Globalisierung, die auf den beiden Schienen voranschreitet – der wirtschaftlichen und der kulturellen – verändert auch grundsätzlich die Rahmenbedingungen des politischen Wettbewerbs in den nationalen Arenen der demokratischen Welt. Die traditionelle Spaltung zwischen Links und Rechts büßt an Bedeutung ein, der Konflikt zwischen den Globalisten und Territorialisten gewinnt dafür an Relevanz. Während die Globalisten (wir können sie auch Internationalisten oder Kosmpoliten nennen) die offene Gesellschaft und offene Grenzen, internationale Kooperation und Institutionen generell begrüßen und die Rolle der Politik in der Begrenzung ihrer negativen Nebeneffekte sehen, begreifen die Territorialisten diese Aspekte der modernen Welt in erster Linie als Gefahren, die sie um jeden Preis (Rückkehr zu geschlossenen Gesellschaften und Grenzen) reduzieren wollen

Der Aufstieg der AfD ist Ausdruck bzw. Symptom dieser neuen politischen Zeitrechnung in der „freien Welt“ und eine Antwort auf die Politik Merkels in der Flüchtlingsfrage, die sich der populistischen Versuchung und dem Druck der Territorialisten konsequent widersetzte. Dass dieser Druck groß war und bleibt, zeigen die Meinungsumfragen und die politische Auseinandersetzung nicht nur mit der AfD, aber auch innerhalb der sog. etablierten Parteien. Es sei an die Aufrufe zu erinnern, Flüchtlingsquoten einzuführen, Grenzen zu schließen und einiges mehr. Es wäre natürlich abwegig und blauäugig, die zum Teil markante Wende in der deutschen Asylpolitik in den letzten Monaten in diesem Zusammenhang nicht zu sehen. Das sog. Asylpaket 2 führte bedeutende Einschränkungen in der Familienzusammenführung ein, beschleunigte Verfahren für Flüchtlinge aus sog. sicheren Herkunftsländern, sieht ein strenge Residenzpflicht für noch nicht registrierte Flüchtlinge und Kürzungen des Taschengeldes vor, Abschiebungen sollen erleichtert werden. Es hat auch, wie viele kritisieren zufolge, dass viele Flüchtlinge nur den sog. subsidiären, d.h. begrenzten Schutz bekommen (in den Fällen, wo sie keine individuelle Verfolgung nachweisen können) und vor allem den Familiennachzug für zwei Jahre aussetzt. Ein gewisse Härte, die in den letzten Monaten in der deutschen Asylgesetzgebung, aber auch im EU-Türkei-Deal zu sehen ist, ändert allerdings nicht daran, dass die „Politik des humanitären Realismus“, wie ein Beobachter Merkels Kurs nannte, trotz der immer größeren Skepsis in der Bevölkerung nicht ausgesetzt wurde.

Es bleibt festzuhalten, dass es für Deutschland, aber auch Europa, besser ist, wenn die AfD das deutsche Parteiensystem auch nachhaltig verändert, als wenn die politische Elite versuchen würde (aller Wahrscheinlichkeit vergeblich) diese Gefahr abzuwenden, indem sie selbst einen populistischen Schwenk erprobte, um die Wähler umzuwerben. Es wäre naiv zu glauben, dass in den differenzierten und individualisierten Gesellschaften, in denen wir leben (und angesichts der neuen gesellschaftlichen Spaltung von der ich gesprochen habe), die Unterstützung für die traditionellen Mainstreamparteien auf dem alten Niveau von 70-80 Prozent bleiben kann. Deutschland erfährt gerade, was es bedeutet, sich in dieser neuen Normalität wiederfinden zu müssen, die in den meisten anderen Ländern längst eingeebnet ist. Der Aufstieg der LINKE war der Preis für die notwendige Anpassung der deutschen Wirtschaft an die Globalisierung. Der Aufstieg der AfD ist der Preis dafür, dass ich Berlin entschieden, mehr aus Not als aus Überzeugung, in der Flüchtlingsfrage in der EU die Verantwortung zu übernehmen, ohne die europäischen Werte und die Fundamente der EU aufs Spiel zu setzen.

Es bleibt die Frage, ob die deutsche Strategie – nach innen und nach außen – langfristig einen Erfolg zeitigen wird. Bei allem Lob, den ich auf die deutsche Politik und Gesellschaft

ausgesprochen habe, ist hier Vorsicht geboten. Das führt mich zu meiner dritten These, die wahrscheinlich viel weniger umstritten sein dürfte als die zwei ersteren.

3. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist zum Markenzeichen des deutschen Umgangs mit der Flüchtlingskrise geworden. Aber die Antwort auf die Frage, ob Deutschland die Herausforderung der Flüchtlingsaufnahme langfristig meistern kann (ob Deutschland „es schaffen kann“, um Merkmals Spruch zu bemühen) hängt größtenteils von der Handlungsfähigkeit und Politik des Staates ab. Die Zivilgesellschaft kann es selbst nicht leisten.

Es sind die Zweifel an dieser Handlungsfähigkeit und Kontrollfunktion des Staates, die den gesellschaftlichen Frieden nicht weniger gefährden, als die diffusen Ängste vor der Überfremdung, Islamisierung und sozialen Spannungen. Dies war am besten nach der berühmten Silvesternacht in Köln zu sehen, wo sich die Bürger einem gewaltbereiten Mob ausgeliefert fühlten, ohne dass sie auf einen ausreichenden und effizienten polizeilichen Schutz zählen konnten. Es geht aber natürlich bei weitem nicht um die innere Sicherheit, die aber angesichts der jüngst gestiegenen Terrorgefahr für die Bürger auf der Liste der Sorgen ganz oben rangiert. Es geht vielmehr auch und primär um die Handlungsfähigkeit des Staates in der Flüchtlings-, Migration- und Integrationspolitik. Hier ließ der deutsche Staat bisher zu wünschen übrig und die aktuellen Probleme im Flüchtlingsmanagement haben zu einem großen Teil auch mit zum Teil sträflichen Versäumnissen der letzten Jahre zu tun.

Es sei etwa an die Missstände im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu erinnern, dessen hohe Beamte hinter vorgehaltener Hand im Herbst letzten Jahres vom Politik- und Staatsversagen sprachen. Zwar konnte man eine Flüchtlingswelle dieses Ausmasses nicht voraussehen, doch die Politik schien die entsprechenden Warnungen lange Zeit zu ignorieren. Dass sehr viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen würden, war schon spätestens Anfang 2015 bekannt. Trotzdem waren die deutschen Behörden darauf nicht vorbereitet. Im November 2015 fehlte die Hälfte der Mitarbeiter des BAMF, die für die Bearbeitung der Asylanträge notwendig gewesen wären. Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden war katastrophal: Die Erfassungen mit Lichtbild und Fingerabdrücken durften etwa nicht von der Bundespolizei an das BAMF oder Bundesagentur weitergegeben werden. Ein Flüchtling wurde häufig mehrmals nach gleichen Daten oder Fingerabdrücken gefragt – was für Chaos sorgte und Fälschungsmöglichkeiten schuf.

Das sind nur ein paar kleine Beispiele, die aber eins belegen: die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist nicht nur ein großes politisches und gesellschaftliches Problem, aber auch eine logistische und bürokratische Herausforderung, für die Deutschland – sonst ein sehr gut organisiertes Land – erstaunlicherweise schlecht vorbereitet war. Heute noch stapeln sich 500.000 Asylanträge in der Warteschlange – trotz des Versprechens des BAMF, dass sie bis Ende des Jahres bearbeitet werden, ist dies eher unwahrscheinlich. Im zweiten Quartal 2016 hat es durchschnittlich 7,3 Monate gedauert, bis das BAMF über einen Asylantrag entschieden hat. Im 4. Quartal 2016 betrug die Zeit noch 5,1 Monate. Und das obwohl die Flüchtlingszahlen in diesem Jahr deutlich abgenommen haben. Während im November 2015 200.000 Flüchtlinge im Erstregistersystem erfasst wurden, ist die Zahl im April 2016 auf 16.000 gesunken und seitdem auf diesem Niveau konstant geblieben.

Neben dem Flüchtlingsmanagement, bei dem die langen Wartezeiten nicht zuletzt negative Folgen für die Integration der Flüchtlinge haben, ist die Frage der Arbeitsmarktintegration die

zentrale Herausforderung für die Politik und Wirtschaft. Die gängige These, Merkel hätte die Flüchtlinge reingelassen, um die Beschäftigungslücke zu schließen, hat sich als unhaltbar erwiesen. Nicht nur weil die Beweggründe für ihre Entscheidung vom September 2015 anders waren, sondern weil sich die Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt sichtlich sehr schwer tun. Laut BAMF sind von den 297.000 Flüchtlingen die Ende Juni in Deutschland als arbeitssuchend gemeldet waren, fast 74 Prozent ohne jedwede Berufsausbildung und mehr als ein Drittel hat gar keinen oder nur einen Hauptschulabschluss. So wird ihr Weg zum deutschen Arbeitsmarkt lang und holprig sein, selbst wenn die Politik ihn im Rahmen des neuen Integrationsgesetzes etwas leichter machte – indem man z.B die Vorrangsprüfung für die Bewerber aus Deutschland für drei Jahre aussetzte. Hier ist auch eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gefragt: für Schlagzeilen sorgte neulich die Nachricht, dass die großen deutschen DAX-Unternehmen bisher lediglich 54 Arbeitsplätze geschaffen haben, darunter die mit Abstand meisten bei der Deutschen Post.

Die Zivilgesellschaft kann und muss hier eine unterstützende Rolle spielen und ohne das Engagement der Bürger wird die Integration der Flüchtlinge nicht gelingen können. Dieses Engagement lässt nicht nach, ihre Form ändert sich allerdings. Und die Flüchtlingshilfe wird anspruchsvoller und zeitaufwendiger. Nach der ersten Phase der Willkommenskultur, als es darum ging, die Neuangekommenen mit Kleidung, Essen oder gutem Wort zu versorgen, treten nun andere Aufgaben in den Vordergrund: die Hilfe bei der Wohnungs- oder Jobsuche, beim Spracherwerb und die Begleitung durch die Mühen des deutschen Alltags. Hier ist nicht nur eine enge Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen, aber auch ein Vertrauen in die Steuerungsfunktion und die Stoßrichtung der Politik.

Und nun zu Polen. Wie ist es zu erklären, dass die Abwehrhaltung gegen die Aufnahme von Flüchtlingen in Polen (aber auch in andere Ländern Mittel- und Osteuropas) so stark und die Furcht vor Zuwanderung – trotz ihres geringen Ausmaßes – so groß sind?

Es gibt keine einfache Erklärung dafür und eine umfassende Darstellung der Hintergründe würde den Rahmen dieses bescheidenen Beitrags sprengen. Als Einstieg in die Diskussion sei es aber auf drei Faktoren hingewiesen, die das Horizont dieser Diskussion ein wenig erweitern helfen. Die oft bemühte Erklärung, die Fremdenfeindlichkeit ist ein in Mittel- und Osteuropa besonders stark ausgeprägtes Phänomen, greift meiner Meinung zu kurz. Stattdessen muss man auch auf historische, gesellschaftliche und politische Gegebenheiten und Prozesse schauen, um die die Stimmungen und Positionen in diesen Ländern zu verstehen, was nicht heißt – rechtfertigen.

Lassen Sie mich drei Punkte machen.

Der **erste** Punkt betrifft die historisch-kulturelle Dimension und ist weitgehend bekannt. Im starken Kontrast zu Westeuropa sind die Erfahrungen dieser Region mit Multikulturalismus – verstanden nicht als politische, sondern als soziale Realität – begrenzt, um nicht zu sagen inexistent. In Polen ist die Erinnerung an die Zeit zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert als Polen ein multiethnisches und multireligiöses Königreich war, weitgehend verblasst und fällt heutzutage als identitätsstiftende Quelle für den modernen Nationalstaat weg. Polen war vor auch dem Zweiten Weltkrieg kein Einwanderungsland, und sein multikultureller Charakter hatte in erster Linie mit der großen jüdischen, der deutschen und der ukrainischen Bevölkerung zu tun, die als lange etablierte Minderheiten in Gebieten lebten, die damals zum

polnischen Staat gehörten. Dazu kommt noch, dass ausgerechnet die damaligen ethnischen Konflikte die Erinnerung an die Zwischenkriegszeit trüben. Im polnischen Selbstverständnis ist die Transformation zur ethnisch und religiös homogenen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg als ungewollter, aber positiver Nebeneffekt der großen und tragischen Umwälzung der Jahre 1939-1945. Vor dem Hintergrund der oft als Krise bzw. Scheitern des Multikulturalismus dargestellten Spannungen in Westeuropa gewinnt dieser Aspekt noch eine zusätzliche Relevanz – die Aufrechterhaltung des polnischen Gesellschaftsmodells mit einem niedrigen Anteil von Einwanderern, vor allem aus arabischen Ländern, ist Gegenstand eines breiten politischen und gesellschaftlichen Konsenses.

Heute machen Einwanderer lediglich 0,3 Prozent der polnischen Bevölkerung aus. Entsprechend geringe politische Bedeutung hatten Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik in den vergangenen 25 Jahren. Polens Aufnahme von rund 80 000 tschechischen Flüchtlingen in den neunziger Jahren, die sich entweder schnell assimilierten oder das Land bald wieder verließen, führte weder zu einer Änderung in der öffentlichen Wahrnehmung von Immigration noch dazu, dass das Thema auf die politische Agenda gesetzt wurde.

Der **zweite** Aspekt, den ich ansprechen wollte, ist komplexer. Die Flüchtlingskrise und der Druck der europäischen Partner, einen gerechten Teil der Verantwortung zu übernehmen, erwischte Polens Staat und Gesellschaft auf dem falschen Fuß, mental wie politisch. Polen ist eine zutiefst gespaltene und atomisierte Gesellschaft, mit einem recht niedrigen Grad an Vertrauen. Laut einer Studie des Soziologen Michal Bilewicz kennen 23 Prozent der Polen keine Person, die für andere politische Standpunkte eintritt als die eigenen. Michal Bilewicz spricht von zwei gegeneinander stehenden „moralischen Stammesgemeinschaften“, die kaum miteinander kommunizieren. Die Gemeinschaften fußen auf unterschiedlichen moralischen Überzeugungen: die erste auf „Fürsorge“, wobei die Notwendigkeit, andere zu schützen, betont wird, selbst wenn dies Traditionen und staatlicher Souveränität entgegensteht, während die zweite auf „Loyalität“ gründet, die auf die Stärkung der nationalen Gemeinschaft setzt und ihre Überlegenheit hervorstreicht.

Die Flüchtlingskrise trifft genau das Zentrum dieser Auseinandersetzung, sie spricht Gefühle und Instinkte in beiden Gruppen an und bringt sie gegeneinander in Stellung. Die Kluft zwischen diesen beiden Gruppen zu überbrücken, bleibt eine zentrale nationale Aufgabe; ihr Konflikt spiegelt sich regelmäßig in den Debatten wider, die die öffentliche Sphäre dominieren, ob es um künstliche Befruchtung geht oder das tragische Flugzeugunglück von Smolensk. Der Umgang mit der Flüchtlingskrise wird diesen Graben eher noch vertiefen.

Die Hinterlassenschaft von 1989 spielt auch ihre Rolle: Es wird oft vergessen, dass 1989 nicht nur eine demokratische, sondern auch eine nationale Revolution war – die Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit war nicht minder wichtig als der Aufbau der demokratischen Strukturen. Hierin sind die Gründe für eine besondere Sensibilität der Mittel- und Osteuropäer in puncto Souveränität zu sehen. Sowie die Erklärung für die Ablehnung der Kosmopolitismus in der jüngsten Flüchtlingskrise. Wie Ivan Krastev unlängst bemerkte, in Deutschland war der Schwenk hin zu kosmopolitischen Werten eine Reaktion auf das xenophobische, rassistische Erbe des Nazi-Deutschlands. In Mittel- und Osteuropa erinnert stattdessen Kosmopolitismus an den Internationalismus, der von den Kommunisten oktroyiert wurde.

Manche in Deutschland argumentieren, dass die Integration Hunderttausender Einwanderer eine ebenso große nationale Aufgabe sei wie die Wiedervereinigung von 1990. Eine nationale Aufgabe, die nur kollektiv zu bewältigen ist – als Staatswesen, aber auch als Zivilgesellschaft, wie wir gerade gesehen haben. Eine kollektive Verantwortung für den Umgang mit Flüchtlingen zu übernehmen ist ein Gebot der Stunde - aber gleichzeitig genau das, was die Situation in Polen so schwierig und komplex macht.

Der polnische Soziologe Andrzej Leder behauptet, dass die Gesellschaften Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Staaten es aus historischen Gründen nicht gewohnt sind, kollektive Verantwortung zu übernehmen. Der erstaunliche Transformationserfolg der vergangenen 25 Jahre wird individuellen, nicht kollektiven Anstrengungen zugeschrieben, in der öffentlichen Wahrnehmung ebenso wie in den Debatten. Solidarität, gemeinsames Vorgehen und gegenseitiges Vertrauen sind heutzutage eine sehr seltene Ressource – ein Paradox im Land von „Solidarnosc“. Das hat sowohl mit dem kommunistischen Erbe zu tun als auch mit der Hinterlassenschaft der Transformation. Zum einen trug die Transformation nach 1989 nicht zur mehr sozial Kohäsion bei, ganz im Gegenteil – es war die Fragmentierung und Individualisierung der zuvor zwangsweise egalitären Gesellschaft, die das Markenzeichen der 90er Jahre war. Es war eine völlig andere Erfahrung als in den Trente Glorieuses in Westeuropa, wo der Aufbau bzw. die Befestigung der liberalen Demokratie vom starken Wohlfahrtsstaat flankiert wurde, der die sozialen Spannungen abschwächte und das Versprechen nach Fairness verbreitete. Die Geschichte Westeuropas nach 1945 war eine Geschichte der Expansion der gesellschaftlichen Mitte, die seitdem als Pfeiler der liberal-demokratischen Werteordnung fungierte. Es war eine sozial-demokratische Ära (Tony Judt), die der Stabilität der Gesellschaften und der politischen Systeme in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg den Weg bereitete.

Mittel- und Osteuropa ging einen anderen Weg. Nach dem Ende des Kommunismus folgte eine neoliberale Ära – in der Zeit als die demokratische Ordnung erst in ihren Anfängen steckte. Mit zahlreichen Konsequenzen: die Individualisierung schriet voran, auf Kosten des sozialen Kapitals. Die Idee einer Gesellschaft, die sich auf das wechselseitige Vertrauen und die Unterstützung der Bürger bezieht, erinnerte zu sehr an den Kommunismus – das Gleiche galt für einen starken Fürsorgestaat, den die Eliten ablehnten. Der (Neo)Liberalismus war *the only game in town* - politisch wie ökonomisch und die Erfahrung der 90er Jahre mit einer ungezügelter Marktwirtschaft hat die Gesellschaft stark geprägt und in Richtung Ellbogenmentalität erzogen. Die Schwäche des sozialen Kapitals und die geringe Gemeinwohlorientierung der Bürger sowie die dominierende Überzeugung, Polen sei nach wie vor ein Land, das nicht helfen, sondern dem geholfen werden müsse, sind eine schwierige Hypothek und weitere tiefere Gründe für die mangelnde Empathie mit den Flüchtlingen.

Der **dritte** entscheidende Faktor – neben der Vergangenheit und des Gesellschaftsmodells - ist aber Politik. Es mag überraschend sein, dass trotz der mangelnden Erfahrung mit Zuwanderung und trotz der zahlreichen gesellschaftlichen Spannungen die Bereitschaft der Polen, Flüchtlinge aufzunehmen am Anfang der Krise sehr groß war. Im Mai 2015 waren nur 21 Prozent der Polen gegen die Aufnahme der Flüchtlinge, die Mehrheit von 58 Prozent sagte, dass dies auf eine begrenzte Zeit (bis sie in ihre Heimat zurückkehren können) erwünscht ist. 14 Prozent wollten, dass sie sich in Polen auf Dauer niederlassen können. Ein halbes Jahr später haben sich diese Proportionen umgedreht und im April 2016 sagten schließen 61 Prozent der Bürger die Aufnahme der Flüchtlinge gänzlich aus. Die Ablehnung der Flüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten war besonders hoch (71 Prozent).

Was ist passiert? Es deutet sehr viel darauf hin, dass neben der weltweiten medialen Aufregung, der Schreckensbilder von der Balkanroute, später auch der terroristischen Anschläge die schnell mit der Flüchtlingswelle in Verbindung gebracht wurden – die politische und mediale Kampagne, die das Schreckgespenst der Migration an die Wand malte, für diesen einen großen Teil der Verantwortung für diesen Meinungsumschwung trägt. Die Wahlkampagne vor der Parlamentswahl im Oktober 2015 schuf dafür entsprechende Rahmenbedingungen. „Sie sind keine Flüchtlinge, sie sind Aggressoren“, polterte etwa das führende konservative Magazin Do Rzeczy auf seinem Cover und rief die damalige Regierung auf, „Polens Grenzen zu schließen“ (obwohl es bekanntlich gar keinen Andrang gegen diese Grenzen gab...) . Das ist nur ein Beispiel von vielen. Die Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (heute in der Regierung) heizte diese Diskussion mit ähnlichen Parolen ihrerseits an. Natürlich fiel diese Kampagne auf einen fruchtbaren Boden und hat den Nerv der latenten Ängste und Vorurteile sehr gut getroffen. Insgesamt aber ist die Art wie sich die öffentliche Meinung über die Flüchtlinge in Polen gewandelt hat, ein interessantes Anschauungsmaterial über die Wirksamkeit medialer Bilder und politischer Propaganda. Es zeigt übrigens, wie die Politik ihr gesellschaftliches Umfeld auf eine Art und Weise gestalten kann, die dann ihr Handlungsspielraum verengt. Heute beruft sich die polnische Regierung u.a. auf die breite gesellschaftliche Ablehnung, wenn sie argumentiert, dass die Aufnahme der Flüchtlinge in Polen nicht in Frage kommt. Es ist aber das bewußte Versagen der politischen Elite im Umgang mit dieser Problematik, das für diese Stimmung Verantwortung.

Dieses Versagen wird die polnische Debatte lange belasten und es geht dabei nicht nur um den Umgang mit den Flüchtlingen, sondern auch den breiteren Diskurs über das polnische Selbstverständnis, politische Kultur und das gesellschaftliche „Wir“. Genauso in Deutschland ist die Flüchtlingsdebatte in Polen – auch ohne Flüchtlinge – in der Tat eine Identitätsdebatte. Es ist bestimmt diese Dimension der aktuellen Diskussionen, die uns langfristig beschäftigen wird, auch nachdem sich der Staub nach den Auseinandersetzungen um Flüchtlingsquoten, Asylpakete und Merkmals Einladung vom 4. September 2015 endlich gelegt hat. Vielen Dank.